



Blatteljähriger Abonnementspreis in Breslau 1 1/2 Thlr., Wochen-Abonnem. 5 Sgr., außerhalb pro Quartal incl. Porto 2 1/2 Thlr. — Inserationsgebühr für den Raum einer sechsteiligen Zeile in der Zeitungs-2 Sgr., Reclame 5 Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 468. Mittag-Ausgabe.

Fünfundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Mittwoch, den 7. October 1874.

## Deutschland.

**Berlin, 6. October.** [Amtliches.] Se. Majestät der König hat den Landgerichts-Präsidenten b. Breuning in Köln in gleicher Amtseigenschaft an das Landgericht in Coblenz versetzt; und den Berg-Inspector a. D. Otto Erdmann zu Witten, der von der dortigen Stadtverordneten-Versammlung getrennt als unbesoldeter Beigeordneter der Stadt Witten für die geistliche Amtsbauverwaltung von sechs Jahren befristet.

Die bisherigen Maschinenmeister Sirkehorn und Kloos zu Breslau sind zu königlichen Eisenbahn-Maschinenmeistern bei der Oberschlesischen Eisenbahn ernannt worden. — Der bisherige königliche Werkstätten-Vorsteher Flug zu Breslau ist als königlicher Eisenbahn-Maschinenmeister bei der Oberschlesischen Eisenbahn angestellt worden. — Der bisherige königliche Kreis-Baumeister Wilhelm Rische in Czarnikau ist zum königlichen Bau-Inspector ernannt und ihm die zu einer Bau-Inspectorstelle erprobene Kreis-Baumeisterstelle daselbst verliehen worden. — Der frühere Superintendent, Ober-Forst-Carl Otto Hollefreund zu Gransee, ist zum Superintendenten der Diözese Lindow-Gransee ernannt worden.

[Ihre Majestät die Kaiserin-Königin] hat auf das Glückwunschschreiben des hiesigen Magistrats zu Allerhöchstherrn Geburtstage folgende Antwort ertheilt:

„Der Magistrat von Berlin hat Mir auch in diesem Jahre treue Glückwünsche zu Meinem Geburtstage dargebracht, welche Ich gern mit der Versicherung erwidere, daß seine bewährte Fürsorge für die geistliche und materielle Entwicklung unserer Haupt- und Residenzstadt, insbesondere aber für das reiche Gebiet ihrer Wohlthätigkeit, einer Theilnahme entspricht, welche Ich stets und aus vollem Herzen solchen Aufgaben widme.“

Baden-Baden, den 1. October 1874.

An den Magistrat von Berlin.

Augusta.

(Reichs-Tag.)

**Berlin, 6. October.** [Die Verhaftung des Grafen Arnim.] — Das Reichsvereinsgesetz. — Aus Spanien. —

Das Deficit pro 1875. — Statistisches.] In einer Zeit, wo

Mangel an politischen Nachrichten herrscht, ist es begreiflich, daß sich

die ganze Presse mit großer Lebhaftigkeit des in der Verhaftung des

Grafen Arnim liegenden Stoffes bemächtigt. Ueber die thatsächlichen

Vorgänge bei derselben sind so ziemlich alle Mittheilungen richtig, und

über den Grund der Verhaftung gehen sie ziemlich weit auseinander.

Wir unsererseits können nur darauf hinweisen, daß das „Wolffsche

Telegr.-Bureau“ in seiner lakonischen Kürze das Sachverhältniß klar

gekennzeichnet hat und daß an dem Wesentlichen dieser Meldung vor

allen Dingen festzuhalten sei wird. Es steht fest, daß die paus-

suchung und Verhaftung auf Grund richterlichen Beschlusses

erfolgt sind, und ebenso unterliegt es keinem Zweifel, daß es sich mit

Ausschluß aller Conjecturen bei der Verhaftung lediglich darum han-

delte, den Mißbrauch amtlicher Papiere zu verhindern, welche, wie es

scheint, Graf Arnim als sein Privateigenthum in Anspruch nimmt, während

seine nach kompetenter Auffassung der Archive des auswärtigen Amtes an-

gehören. — Ueber das Reichsvereinsgesetz sind verschiedenartige Nach-

richten in die Presse gebracht worden; jüngst hieß es wieder, daß von

den Vorbereitungen zu dem Gesetze, welche schon im Gange waren,

zulezt Abstand genommen sei. Des dürfte aber nicht richtig sein, es

sind die Vorbereitungen für ein vom Reichskanzler dem Bundesrath

nächstens vorzulegendes Reichsvereinsgesetz nach wie vor im Gange,

und es haben in jüngerer Zeit Verhandlungen über Vorlegung und

Nichtvorlegung desselben gar nicht stattgefunden. — Die „Kreuzzeitg.“

brachte gestern die Nachricht, daß in nächster Zukunft die Benennung

des Reichs-Rechnungshofes von der preussischen Oberrechnungskammer

besprochen; fügte zugleich Andeutungen über die Persönlichkeit hinzu,

welche zur Leitung des Reichs-Rechnungshofes berufen sein dürfte.

Diese Andeutungen gehen offenbar auf die Person des Präsi-

denten von Schellwiz. Diese Nachricht ist, was die Person

betrifft, mit großer Vorsicht aufzunehmen; jene Benennung aber

ist bekanntlich allerdings vom Reichstage beantragt worden und dürfte

also seiner Zeit auch dieser Antrag zur Ausführung gelangen. —

Daß die Nachrichten aus Spanien hier im Publikum große Sen-

sation erregen, ist natürlich; in wohlunterrichteten Kreisen aber wußte

man bereits seit einigen Tagen, daß in der Partei und den Streit-

kraften des Don Carlos ernste Schwierigkeiten eingetreten seien, welche

eine baldige Auflösung dieser ganzen Partei in nahe Aussicht stellten.

Jetzt verwirklicht sich diese Vermuthung in unerwarteter Weise. —

Ein sehr phantastischer Correspondent hatte gemeldet, „das Deficit

für 1875 sei feststehende Thatsache und herrsche in Regierungskreisen

kein Zweifel darüber. Darauf haben wie zuerst zu antworten, daß

in diesen Kreisen gar nicht davon die Rede ist. Ferner sagt er:

„Das Deficit lasse sich noch nicht übersehen.“ Nun ist allerdings die

Einnahme bei einzelnen indirecten Steuern geringer und wird

wohl hinsichtlich neuer Mehr-Ausgaben eine Einschränkung ein-

treten. Aber die Lage des Staatshaushaltes ist doch eine derartige,

daß nicht nur die umfassenden Unternehmungen, welche auf den ver-

schiedenen Gebieten der Verwaltung stattfinden, fortgesetzt werden kön-

nen, sondern auch viele neu hervorretende Bedürfnisse besriedigt werden,

so daß an ein Deficit nicht zu denken ist. — Der Ober-Regierungs-

Rath Rohn v. Taske in Münster ist nach Coblenz zur Regierung

als Director der inneren Verwaltung, und der Regierungs-Rath Krei-

del in Königsberg als vorragender Rath in's Kriegsministerium ver-

setzt. — Nach einer zuverlässigen Zusammenstellung der Post-Dampf-

schiffahrt aus europäischen Häfen nach Ländern anderer Erdtheile

während des Monats October gehen nach Brasilien, Buenos

Ayres 11 Schiffe, nach Canada 4, nach China, Japan,

Ceylon, Singapur und Batavia 9; nach Indien (Bombay,

Madras, Calcutta) 11, nach den Vereinigten Staaten von

Nord-Amerika 32 u. s. w. Die deutsche Rheederei ist bei diesen

Postdampfschiffahrt sehr erheblich betheiligt. Nach den Vereinigten

Staaten von Nordamerika gehen allein 11 deutsche Schiffe und zwar

6 von Hamburg und 5 von Bremen aus. — Eine Nachweisung der

Einnahmen von Zöllen und gemeinschaftlichen Steuern im Deutschen

Reiche für die Zeit vom 1. Januar bis zum Schlusse des Monats

August d. J. giebt die Einnahmen der Eingangszölle nach Abzug

der Bonifikationen auf 24,057,499 Thlr., der Rübenzuckersteuer auf

7,065,824, der Salzsteuer auf 6,706,755, der Tabaksteuer auf

268,177, der Brantweinsteuer auf 8,312,381, der Uebergangsabgabe

von Brantwein auf 22,529, der Brausesteuer auf 3,870,879 und

der Uebergangsabgabe von Bier auf 187,059 an. Gegen den gleichen

Zeitraum im Vorjahre hat sich die Einnahme aus den Eingangszöllen

um 6,102,057 verringert, dagegen die sämmtlichen andern Steuern erhöht,

und zwar die Rübenzuckersteuer um 1,349,399 Thlr., die Salzsteuer

um 292,223, die Tabaksteuer um 102,511, die Brantweinsteuer

um 722,264, die Uebergangsabgabe von Brantwein um 2,512,

die Brausesteuer um 315,613, die Uebergangsabgabe von Bier um 5,317, die Gesamtsumme der gestiegenen Einnahmen beträgt mithin 2,789,839. Rechnet man diese von dem Ausfall an den Eingangszöllen ab, so bleibt nur ein Minus von 3,312,218 Thlr. in den Gesamt-einnahmen, welche sich in den ersten 8 Monaten des vergangen Jahres auf ca. 54 Millionen beliefen. Der Einnahme-Ausfall muß in Bezug auf diese Summe als ein geringer bezeichnet werden und kann sehr wohl in den letzten 4 Monaten noch ausgeglichen werden, zumal der Verkehr mit dem Auslande sich um etwas gehoben haben soll, da die vorhandenen Waarenlager neuer Zufuhr bedürfen. Auch ist nicht unbeachtet zu lassen, daß die Summe der vorjährigen Einnahmen aus den Eingangszöllen auch in die der Ausgangszölle mit aufgenommen sind, welche in diesem Jahre in Fortfall gekommen sind. Die Einnahme aus den Ausgangszöllen ist allerdings keine hohe gewesen, aber verringert doch die Differenz zwischen den dies- und vorjährigen Einnahmen.

— **Berlin, 6. October.** [Die Verhaftung des Grafen Arnim.] — Der Bundesrath.] Die Verhaftung des Grafen Harry von Arnim beschäftigt die Gemüther wie seit geraumer Zeit kaum ein öffentlicher Vorgang, es ist von nichts Anderem die Rede. Zunächst ist der Graf nicht in der Hausvoigtei, sondern in der Stadtvoigtei inhaftirt. Seine Angehörigen haben ein Entlassungsgesuch eingereicht und jede Caution für den Gefangenen zu stellen sich erboten. Ein Beschluß darüber ist noch nicht gefaßt, es wird jedoch eine Berücksichtigung desselben bezweifelt, weil man keinen Fluchtversuch, sondern eine weitere Hinterhaltung der vermissten Documente befürchtet, deren Herausgabe der Graf verweigert. Die Sachlage ist thatsächlich folgende: Der jetzige Botschafter in Paris Fürst Hohenlohe wurde gleich nach Uebernahme seines Postens von hier aus auf ein Aienstück verwiesen, welches sich nicht vorfindet. In Folge dessen angestellte Recherchen ergaben, daß eine beträchtliche Reihe anderer numerirter Papiere des Archives von der allerhöchsten Wichtigkeit und Bedeutung fehlten. Sofort begann deshalb die Correspondenz mit dem Grafen Arnim, der auf wiederholtes Ansuchen einen kleinen Theil der fehlenden Schriftstücke einsandte, die übrigen Acten aber für sein Privateigenthum erklärte. Alle Bemühungen, die Schriftstücke wieder zu erlangen, blieben fruchtlos, bis man sich zur Requisition des Gerichts gezwungen sah, welches in Ansehung der Handhabung der Gesetze in diesem wie in jedem anderen Falle zu verfahren hatte. Es ist anzunehmen, daß die Anrufung des Gerichts nicht ohne Genehmigung des Kaisers erfolgt ist. — Aus der gestrigen Bundesrathssitzung wird noch Folgendes bekannt. In der vorigen Reichstagsession lagen die Entwürfe über Erziehung und die Befugnisse des Rechnungshofes des Reiches und über Verwaltung der Einnahmen und Ausgaben des Reiches vor, kamen indessen nicht zur Erledigung. Jetzt liegt es in der Absicht diese Entwürfe fast unverändert, nur mit der Maßgabe vorzulegen, daß der Termin des Inslebens-tretens des Rechnungshofes auf den 1. Januar 1876 festgesetzt wird. Die Entwürfe sollen ohne vorherige Ausschuss-Berathung gleich nach der Berufung des Reichstages an denselben gelangen. In der nächsten Plenarsitzung des Bundesrathes wird darüber beschloffen werden. Ferner ist dem Reichskanzler die verlangte Ermächtigung ertheilt worden, mit Oesterreich-Ungarn wegen Abschluß eines Vertrages betreffend die Legalisation von Urkunden in Unterhandlung zu treten. — Der gestern erwähnte Etat des Reichskanzleramtes pro 1875 ist auch von einer Denkschrift, betreffend die Kosten der Beobachtung des Venusdurchganges im Jahre 1874 begleitet, welche die Zwecke der Expeditionen genau auseinandersetzt. Es geht daraus hervor, daß zur Ausführung des gesamten Unternehmens erforderlich sind: für Instrumente und Beobachtungshäuser 108,600 Mark, an persönlichen Kosten 73,050 Mark, an Kosten für Vorarbeiten, Beobachtungswesen mit den Instrumenten vor dem Abgange der Expeditionen 23,250 Mark für den Transport und den Aufenthalt der Expeditionen und zwar für die chinesische Expedition 66,390 Mark; für die Kerguelen-Expedition 54,410 Mark; für die Auckland-Expedition 87,300 Mark; für die Mauritius-Expedition 39,000 Mark; für die persische Expedition 27,000 Mark, im Ganzen 274,100 Mark. Für Verpackung, Verfrachtung und Transport der Instrumente und Beobachtungshäuser nach den europäischen Einschiffungshäfen und für unvorhergesehene Ausgaben 39,000 Mark, im Ganzen 518,000 Mark. Davon sind gedeckt durch den Etat des Jahres 1873 bereits 150,000 Mark, durch den diesjährigen Etat 270,000 Mark, zusammen 420,000 M., so daß auf den Etat des Jahres 1875 kommen 98,000 Mark. Für etwaigen unvorhergesehenen Mehrbedarf u. s. ist den Expeditionen bei den kaiserlichen Consulaten ein Hilfscredit auf 70,600 Mark eröffnet worden. Wenn von diesem Gebrauch gemacht werden oder andere Mehrausgaben entstehen sollten, so würden diese zur Zeit als Staats-überschreitung nachgewiesen werden.

[Die Haft des Grafen Harry v. Arnim] kann sich, wie man der „Magdeb. Ztg.“ berichtet, möglicher Weise sehr in die Länge ziehen, denn es wird von ihm verlangt, er solle sieben Schriftstücke herausgeben, die der Reichskanzler Fürst Bismarck für amtliche Ansicht, und Graf Arnim verweigert die Herausgabe unter der Behauptung, die Schriftstücke seien privaten Charakters. Es ist bei Briefen, die ein Botschafter von dem leitenden Minister erhält, in den meisten Fällen sehr schwer, zu unterscheiden, wo das Amtliche aufhört und das Private anfängt, denn derlei Schreiben sind gewöhnlich nach ihrer äußeren Form als amtliche gar nicht zu erkennen und der Inhalt ist sehr häufig halb officiell, halb freundschaftlich. Es steht eine diplomatische Doctrinfrage in Rede, die, wenn die Anlage gegen Arnim erhoben werden sollte, dessen scharfsinnigen Rechtsanwalt Muntel Gelegenheit geben würde, sich als Juristen ersten Ranges zu zeigen. Graf Arnim dürfte, weil gegen Fürst Bismarck in hohem Grade aufgebracht, in äußerster Hartnäckigkeit verharren und nicht thun, um auf freien Fuß zu kommen; er erwartet aber wohl eine richterliche Entscheidung zu seinen Gunsten auch in Beziehung auf die Verhaftung. Seit gestern Vormittag ist Arnim von der Außenwelt streng abgeschlossen; er bewohnt in der Stadtvoigtei ein dem Directorium der Anstalt zugewiesenes Zimmer, also nicht eine Gefängniszelle. Sein Diener bringt ihm das Essen, er wird aber nicht vorgelassen. Der Graf sieht nur den Untersuchungsrichter, der ihn gestern zweimal besuchte und vernahm, und außerdem macht er des Tages einmal einen Spaziergang in dem Garten des Stadtvoigtei-Directors.

**Stettin, 6. October.** Ueber die Verhaftung des Grafen Arnim] auf seinem Gute Raffensheide kann die „N. St. Ztg.“ folgendes Nähere mittheilen. Die Verhaftung geschah unter Mitwirkung des hier wohnhaften Landraths des Mandover Kreises, Herrn v. Mantuffel. Derselbe begab sich mit sechs am Sonnabend spät Abends aus Berlin hier eingetroffenen Herrn (die „Wolffsche Zeitung“ nennt den Staatsanwalt Tessenborn, den Berliner Stadtgerichtsrath Pescatore, den Criminal-Commissarius Pick und zwei Herren vom auswärtigen Amte) in zwei Droschken am Sonntag früh nach Böck, dem zunächst Raffensheide gelegenen Dorfe. Hier trennten sich die beiden Fuhrwerke, indem das eine, in welchem sich der Landrath mit dreien der Berliner Herren befand, den Landweg nach Raffensheide einschlug, während das andere die Chaussee weiter verfolgte und erst später auf dem Gute eintraf. Der Landrath entstieg, vor dem Schlosse angekommen, zuerst den Wagen und fragte nach dem Grafen, der darauf vom benachbarten Wirthschaftshofe, wo er sich mit seiner Gemahlin befand, herbeigerufen wurde. Die weiteren Vorgänge betreffs der Hausdurchsuchung und der demnächstigen Verhaftung des Grafen entwickelten sich ohne alles Aufsehen; namentlich ist die Meldung der „Wolff. Ztg.“, daß während der Hausdurchsuchung das Gehöft von Gensdarmen umstellt gewesen und die telegraphische Leitung unter strenger Aufsicht gestanden habe, unrichtig. Die beiden von Stettin gekommenen Fuhrwerke fuhrten mit den betreffenden Herren, mit Ausnahme des Criminalcommissarius Pick, bald nach 1 Uhr hierher zurück, während der Letztere den von seiner Familie begleiteten Grafen in dessen eigenen Fuhrwerken hierher nach dem Bahnhofe escortirte. Bereits mit dem 3 1/4 Uhr von hier abgehenden Courierzuge erfolgte die Abreise des Grafen sammt seiner Familie nach Berlin.

**Posen, 6. Oct.** [Berurtheilung.] Der Weibsbischof Dr. Janiszewski stand heute Vormittag vor dem hiesigen Kreisgericht unter der Anklage 1) der Ausübung bischöflicher Functionen während der Bischofszeit erledigt ist, und 2) der Ausübung der Functionen eines Delegati apostolici. Wegen des zweiten Punktes ist der ehemalige Official Friske aus Jittow, Kreis Deutsch-Crone, als Belastungszeuge vorgeladen, hat jedoch die betreffende Zeugenaussage verweigert. Herr Janiszewski verteidigt sich wegen des ersten Punktes der Anklage und behauptet, daß die Handlungen, wegen welcher er angeklagt ist, der bischöflichen Gewalt inhärent sind und daß er, um zu firmen, keines besonderen Auftrages vom Bischof ordinario bedürfe. Der Gerichtshof fand jedoch diese Ausführung durchaus nicht für begründet, da die Lehrer des canonischen Rechts, wie Schulte, Richter u. A. sagen, daß es keinem Weibsbischofe, ohne Erlaubniß des Bischofs ordinarii freistehe, in dessen Diöcese kirchliche Handlungen auszuüben und verurtheilte den Angeklagten zu einer sechsmonatlichen Gefängnisstrafe. Was den zweiten Punkt der Anklage betrifft, so verurtheilte der Gerichtshof den Herrn Friske zu einer Geldbuße von 50 Thlr. und verlagte die Sache. (Süd. Z.)

**Arnsberg, 1. October.** [Der Präsident des Regierungs-Bezirks Arnsberg, Hr. v. Holzbrind.] vor Jahren einmal für kurze Zeit preussischer Minister, ist mit dem heutigen Tage aus dem Staatsdienste geschieden.

**Dortmund, 2. October.** [Heiraths-Ankündigungen.] Die „Wolff. Ztg.“ schreibt: Gestern hoben wir bereits beläufig hervor, daß in den Heiraths-Ankündigungen des hiesigen Standesamtes das Prädicat „Jungfrau“ figurirt, heute kann man an dem Aushangen im Rathhausausstrich sich bereits überzeugen, daß es als auszeichnendes „Ehrenprädicat“ gebraucht und nicht jeder bis dahin unverheiratheten Braut beigelegt wird. Wie hat man sich über Journier'sche Trauungen und geistliche Myrthenkranzgerichte aufgehalten; soll jetzt diese heisse Untersuchung und Unterscheidung gar dem Standesbeamten übertragen werden? In dem Gesetzbuch finden wir dazu keinerlei Anhalt und würden diese Censur jedenfalls viel auffallender, als die des Seelsorgers finden müssen. Die gesetzliche Bestimmung (§ 29 des Gesetzes vom 9. März 1874) lautet einfach: „Die Bekanntmachung muß die Vor- und Familiennamen, den Stand oder das Gewerbe und den Wohnort der Verlobten und ihrer Eltern enthalten.“ Der Aushangen des Standesamtes hat gewiß nicht die Bestimmung, Ehrentafel und Pranger zu sein.

**Dresden, 6. Oct.** [Sitzung der zweiten Kammer.] Der Abg. Körner und Genossen beantragen, die Mandate der Abgeordneten v. Einsiedel, v. Könnert, Zahn und Hahn als erloschen zu erklären. Der Antrag wird, da die Regierung sich gegen die Schluss-berathung desselben erklärt, an die Deputation verwiesen.

**Weimar, 5. Oct.** [Von der Schillerstiftung.] Die außerordentliche Generalversammlung der deutschen Schillerstiftung hat gestern Nachmittag 4 Uhr stattgefunden. Außer den den Verwaltungsrath bildenden Stiftungen Weimar, Wien, Berlin, Frankfurt, Köln, Dresden, waren vertreten theils durch eigene Abgeordnete, theils durch auf Mitglieder anderer Stiftungen übertragene Vollmachten die Stiftungen München, Nürnberg, Baden, Darmstadt, Stuttgart, Salzburg, Brünn, Graz, Königsberg, Offenbach, Leipzig, Danzig, nicht vertreten waren Breslau und die hannoversche Landesstiftung. Von hervorragenden Notabilitäten sind zu nennen Paul Heyse, Jarnde, Schöll, Jul. Groffe, Duboc, Jabel, Bartsch u. a. m. Schon vorher ist erwähnt worden, daß die außerordentliche Generalversammlung veranlaßt worden war, durch einen Antrag der Münchener Stiftung auf Abschaffung der Bestimmung der Satzungen, welche den fünfjährigen Wechsel im Vorort obligatorisch macht. Es ist dies ein altes Bestreben, dessen Erfüllung bis jetzt gescheitert ist theils aus persönlichen Gründen, theils weil diese Abänderung weitläufige Verhandlungen mit den Regierungen bedingt, welche der Stiftung die Rechte als juristische Person ertheilt haben. Doch ist dieser obligatorische Wechsel mit so viel Weiterungen und Kosten für die Stiftung verbunden, daß die abermalige Erörterung dieser Frage natürlich und geboten war. Der Münchener Antrag wurde indeß gestern, da derselbe bereits auf die heutigen Beschlüsse der Generalversammlung einwirkte, abgelehnt, dagegen ein Antrag der Weimarer Stiftung zum Beschluß erhoben, dahin gehend, daß die Abänderung der Statuten beschlossen und dem nächsten in Wirksamkeit tretenden Verwaltungsrath und Vorort die Pflicht übertragen werde, die erforderlichen Verhandlungen mit den Regierungen einzuleiten und bis zur nächsten Generalversammlung zu Ende zu führen. Der Umstand, daß dieser Beschluß einstimmig gefaßt worden, darf gewiß als ein Beweis für die Nothwendigkeit der Reform angesehen und in diesem Sinne von den betr. Regierungen aufgefaßt werden.

Die heutige ordentliche Generalversammlung, welche wie die gestrige außerordentliche Versammlung von den Herren Genast (Weimar) und Franz (Köln) geleitet wurde, beschäftigte sich zumeist mit der Wahl der Revisions-Commission und trat sodann in die Berathung der sog. Müller'schen Anträge auf Ernennung von Ehrenmitgliedern und Organisation einer Schiller-Votterie. Der erstere Antrag erledigte sich ohne erhebliche Debatte, dagegen rief der Antrag bezüglich der Lotterie einen lebhaften Meinungsaustrausch hervor. Die Nothwendigkeit einer Vermehrung der Mittel der Schillerstiftung wurde allseitig anerkannt, dagegen von Herrn Dr. P. Heyse in lebhafter



Wiederherstellung befürwortet, daß durch Selbstbesteuerung der Reichthümer der Stiftung die Möglichkeit einer vermehrten Thätigkeit gewährt werde, nach längerer Debatte wurde der Antrag auf Organisation der Lotterien angenommen mit allen Stimmen gegen die der Stiftungen Berlin, Dresden, München, Nürnberg. Bevor zur Wahl des nächsten Vorortes geschritten wurde, nahm der Generalsecretär Herr Dr. Grosse das Wort, um die Versammlung zu bitten, bei dieser Wahl von jeder persönlichen Rücksicht namentlich auch auf ihren Abstand zu nehmen. Die Wahl fiel auf Dresden mit 11 Stimmen, welches demnach annahm. In den Verwaltungsrath wurden gewählt Berlin, Wien, München, Stuttgart.

**Baden-Baden, 6. Octbr.** [Ihre Majestäten der Kaiser Wilhelm und die Kaiserin Augusta] haben, von dem Großherzoge und der Frau Großherzogin von Baden und deren Familie begleitet, dem gestrigen großen Armeerenennen in Iffezheim beigewohnt. Der Kaiser und die Kaiserin wurden von der zahlreichen Zuschauermenge sehr enthusiastisch begrüßt. Der Major v. Rosenfeld errang beim Rennen den Kaiserpreis.

### Schweiz.

**Bern, 3. October.** [Der internationale Postvertrag.] Die definitive Redaction des Vertrages betreffend die Bildung eines allgemeinen Postvereins, wie dieselbe aus den Verhandlungen des internationalen Postcongresses hervorgegangen lautet der „R. 3.“ zufolge in deutscher Uebersetzung, wie folgt:

Art. 1. Die an gegenwärtigen Verträge Theil nehmenden Staaten stellen hinsichtlich des gegenseitigen Austausches der Correspondenzen zwischen ihren Postanstalten ein einheitliches Verkehrsgebiet dar, welches mit dem Namen „Allgemeiner Postverein“ bezeichnet wird.

Art. 2. Die Festsetzungen dieses Vertrages erstrecken sich auf Briefe, Correspondenzkarten, Bücher und andere Druckfachen, so wie Waarenproben und Geschäftspapiere, welche aus einem der Postvereinsstaaten herkommen und nach einem andern derselben bestimmt sind. Gleicher Weise erstrecken sie sich auf den Postaustausch der oben erwähnten Gegenstände zwischen den Vereinststaaten und den dem Vereine nicht angehörenden Staaten, sofern bei diesem Verkehr die Gebiete von mindestens zweien der Vertragstheilnehmer berührt werden.

Art. 3. Der allgemeine Portofas des Vereins ist für den einfachen frankirten Brief auf 25 Cts. festgesetzt. Als Uebergangsmassregel ist es jedoch jedem Staate, um seinen Münz- oder andern Verhältnissen Rechnung zu tragen, erlaubt, einen höheren oder geringeren Portofas als dieser Betrag zu erheben, wenn er nur nicht 32 Cts. übersteigt und nicht unter 20 Cts. beträgt. Als einfacher Brief wird jeder Brief betrachtet, dessen Gewicht nicht 15 Gramm übersteigt. Der Portofas der dieses Gewicht übersteigenden Briefe ist der eines einfachen Portos pro 15 Gramm oder 15 Gramm Bruchtheil. Das Porto der nicht frankirten Briefe beträgt das Doppelte des Portofases des Destinationlandes für die frankirten Briefe. Die Frantatur der Correspondenzkarten ist obligatorisch. Ihr Portofas ist auf die Hälfte des der frankirten Briefe festgesetzt mit der Befugniß, die Bruchtheile zu arrondiren. Für jeden Seetransport von mehr als 300 Seemeilen kann dem gewöhnlichen Porto eine Zuschlagstare beigefügt werden, welche jedoch nicht die Hälfte des allgemeinen Vereinsportofases für den frankirten Brief übersteigen darf.

Art. 4. Der allgemeine Vereinsportofas für Geschäftspapiere, Waarenmuster, Zeitungen, broschürte und gebundene Bücher, Broschüren, Musicalien, Visitenkarten, Kataloge, Prospekte, Annoncen und verschiedene Anzeigen, gedruckten, graphirten, lithographirten oder autographirten, so wie für Photographien ist auf 7 Cts. für jede einfache Sendung angesetzt. Als Uebergangsmassregel ist es jedoch jedem Staate, um seinen Münz- oder andern Verhältnissen Rechnung zu tragen, erlaubt, einen höheren oder geringeren Portofas als diesen Betrag zu erheben, wenn er nur nicht 11 Cts. übersteigt und nicht unter 5 Cts. beträgt. Als einfache Sendung wird jede Sendung betrachtet, deren Gewicht nicht 50 Gramm übersteigt. Der Portofas der dieses Gewicht übersteigenden Sendungen ist der eines einfachen Portos pro 50 Gramm oder 50 Gramm Bruchtheil. Für jeden Seetransport von mehr als 300 Seemeilen kann dem gewöhnlichen Porto eine Zuschlagstare beigefügt werden, welche jedoch nicht die Hälfte des allgemeinen Vereinsportofases für die Gegenstände dieser Kategorie übersteigt. Das Gewichtsmaximum der oben angeführten Gegenstände ist für Muster auf 250 Gramm und für alle andern auf 1000 Gramm angesetzt. Der Regierung eines jeden Vereinstaaates ist das Recht vorbehalten, den Transport und die Vertheilung der in diesem Artikel angeführten Gegenstände, hinsichtlich welcher den Gesetzen, Verordnungen und Verfügungen, welche die Bedingungen ihrer Veröffentlichung und Circulation regeln, nicht Genüge geschieht, auf ihrem Gebiete nicht auszuführen.

Art. 5. Die in Artikel 2 bezeichneten Gegenstände können mit Recommandation expedirt werden. Jede recommandirte Sendung muß frankirt werden. Das Francaturporto der recommandirten Sendungen ist das gleiche wie der nicht recommandirten Sendungen. Die für die Recommandation und für die Empfangsanzeige zu erhebende Gebühr darf nicht die im internen Dienst des Ursprungslandes zugelassene übersteigen. Im Falle des Verlustes einer recommandirten Sendung, Force majeure ausgenommen, wird dem Versender oder auf dessen Verlangen dem Empfänger von der Verwaltung, auf deren Gebiet oder in deren Seebienste der Verlust Statt gefunden, d. h. wo die Spur des Gegenstandes verschwunden ist, eine Entschädigung von 50 Francs ausbezahlt, in so fern die betreffende Verwaltung nach der Gesetzgebung ihres Landes nicht für den Verlust interner recommandirter Sendungen verantwortlich ist. Die Auszahlung dieser Entschädigung findet in möglichst kürzester Zeitdauer Statt, spätestens im Verlaufe eines Jahres von dem Tage der Reclamation an. Jeder Anspruch auf Entschädigung erlischt, wenn er nicht im Verlaufe eines Jahres vom Tage der Uebergabe des recommandirten Gegenstandes an die Post erhoben worden ist.

Artikel 6. Zur Frankirung muß der Absender sich der im Ursprungslande gültigen Postfreimarken bedienen. Zeitungen und andere Druckfachen, welche nicht frankirt oder nicht genügend frankirt sind, werden nicht in Umlauf gebracht. Die anderen Sendungen, welche nicht frankirt oder nicht genügend frankirt sind, werden gleich unfrankirten Briefen taxirt nach Abzug des Werthes der verwendeten Postfreimarken, wenn solche Statt zu finden hat.

Art. 7. Für die Nachsendung von Postsendungen in das Innere des Postvereins wird kein Supplementporto erhoben. Nur in dem Falle, wo eine Sendung aus dem internen Dienst eines Postvereinsstaates in Folge einer Nachsendung in den Dienst eines anderen Vereinstgebietes übergeht, wird von der Verwaltung des Bestimmungslandes ein interner Portofas beigefügt.

Art. 8. Die auf den Postdienst bezüglichen officiellen Correspondenzen sind portofrei. Andere Befreiungen vom Porto oder Ermäßigungen finden nicht Statt.

Art. 9. Jede Verwaltung bezieht ungetheilt die Summen, welche sie kraft der Art. 3, 4, 5, 6 und 7 erhoben hat. Folglich findet zwischen den verschiedenen Verwaltungen des Vereins keine Abrechnung statt. Die Briefe und anderen Postsendungen können in dem Ursprungs- wie in dem Bestimmungslande auf Kosten des Absenders oder Empfängers mit keiner anderen Taxe oder Postgebühr belegt werden, welche nicht in den angeführten Artikeln vorgegeben sind.

Art. 10. Die Transitfreiheit im ganzen Vereinsgebiet ist garantirt. In Folge dessen besteht vollständige und unterstützte Verkehrsfreiheit, indem die verschiedenen Postverwaltungen des Vereins sich gegenseitig im Transit durch die zwischenliegenden Länder so viel geschlossene Pakete und offene Correspondenzen, als die Bedürfnisse des Verkehrs und die Convenienzen des Postdienstes nöthig machen, zuwenden können. Die geschlossenen Pakete und die offenen Correspondenzen müssen immer auf dem schnellsten Wege, welcher den Postverwaltungen zu Gebote steht, versendet werden. Wenn mehrere Routen die gleichen Bedingungen der Schnelligkeit bieten, steht der expedirenden Verwaltung die Wahl frei. Die Versendung in geschlossenen Paketen ist obligatorisch, sobald die Zahl der Briefe und der anderen Postsendungen beträgt, daß sie nach den Erklärungen der beteiligten Verwaltung dem expedirenden Bureau in seinen Operationen hinderlich sein kann. Das expedirende Bureau bezahlt der Verwaltung des Transitgebiets eine Vergütung von 2 Francs per Kilogramm Briefe und von 25 Cts. per Kilogramm in Artikel 4 specificirter Sendungen, Nettogewicht, sei es, daß der Transit in geschlossenen Depeschen oder offen Statt gefunden hat. Diese Vergütung kann auf 4 Francs für Briefe und auf 50 Cts. für die in Art. 4 specificirten Sendungen erhöht werden, wenn es sich um einen Transit von mehr als 750 Kilometern auf dem Gebiete der gleichen Verwaltung handelt. Indessen ist es selbstverständlich, daß da, wo der Transit gegenwärtig unentgeltlich oder geringeren Taxen unterworfen ist, diese Bestimmungen in Kraft bleiben. In den Fällen, wo der Transit zur See mehr als 300 Seemeilen beträgt, hat die Verwaltung, durch welche dieser Seediensnt organisiert ist, das Recht auf die Vergütung der Transportkosten. Die Mitglieder des Vereins verpflichten sich, diese Kosten auf das möglichste Maß zu reduciren. Die Vergütung,

welche das den Seetransport besorgende Bureau von dem expedirenden Bureau verlangen kann, soll nicht 6 Fr. 50 Cts. pro Kilogramm Briefe und nicht 50 Cts. pro Kilogramm der in Artikel 4 specificirten Sendungen (Nettogewicht) übersteigen. In keinem Falle dürfen diese Kosten höher als die gegenwärtig vergüteten sein. In Folge dessen wird auch auf den Seepost-routen, auf welchen gegenwärtig keine Vergütung gezahlt wird, keine solche gezahlt. Deßhals Feststellung des Gewichtes der Transit-Correspondenzen, sowohl der in geschlossenen Paketen als der offenen, wird zu gemeinschaftlicher Uebereinstimmung festzustellenden Epochen eine Statistik dieser Sendungen während zwei Wochen aufgenommen. Bis zur Revision dient das Resultat dieser Arbeit den Abrechnungen der Verwaltungen unter sich als Grundlage. Ein jedes Bureau kann die Revision verlangen: 1) im Fall bedeutender Modificationen im Cours der Correspondenzen; 2) beim Ablauf eines Jahres nach dem Datum der letzten Aufnahme. Die Bestimmungen des gegenwärtigen Artikels sind nicht auf die indische Post anwendbar, noch auf Trans-  
porte durch das Gebiet der Vereinigten Staaten von Amerika mit der Eisenbahn zwischen New-York und San Francisco. Dieser Dienst wird Gegenstand der Privat-Uebereinkommen zwischen den beteiligten Verwaltungen bleiben.

Art. 11. Die Beziehungen der Länder des Vereins mit ihm fremden Ländern werden durch die Privatverträge, welche gegenwärtig bestehen oder zwischen ihnen abgeschlossen werden, geleitet. Die für den Transport über die Grenzen des Vereins zu erhebenden Taxen werden durch die Verträge bestimmt. Im Abnahmefall werden sie dem Vereinsportofas beigefügt. Gemäß den Bestimmungen des Art. 9 wird der Vereinsportofas wie folgt vertheilt: 1) das expedirende Vereinsbureau bezieht ungetheilt den Portofas für die ursprünglichen frankirten Briefe der fremden Länder; 2) das Vereinsbureau des Bestimmungslandes bezieht ungetheilt den Vereinsportofas für die ursprünglichen unfrankirten Correspondenzen der fremden Länder; 3) das Vereinsbureau, welches die geschlossenen Pakete mit den fremden Ländern austauscht, bezieht ungetheilt den Vereinsportofas für die ursprünglichen frankirten Correspondenzen der fremden Länder und für die unfrankirten Correspondenzen, deren Bestimmung die fremden Länder. In den unter Art. 1, 2 und 3 bezeichneten Fällen hat das Bureau, welches die Depeschen austauscht, kein Recht auf eine Vergütung für den Transit. In allen anderen Fällen werden die Transistkosten nach den Bestimmungen des Art. 10 bezahlt.

Art. 12. Die Beförderung der Briefe mit Werthangabe und der Postmandate wird Gegenstand späterer Uebereinkommen zwischen den verschiedenen Ländern oder Gruppen der Vereinstländer sein.

Art. 13. Die Postverwaltungen der verschiedenen Länder, welche den Verein bilden, sind competent, um nach gemeinschaftlichem Uebereinkommen in einem Reglement im Hinblick auf die Ausführung des gegenwärtigen Vertrages sämtliche notwendige Maßregeln der Ordnung nach und im Detail festzustellen. Es ist selbstverständlich, daß alle Bestimmungen dieses Reglements nach gemeinschaftlichem Uebereinkommen zwischen den Verwaltungen des Vereins modificirt werden können. Die verschiedenen Verwaltungen können unter sich die notwendigen Uebereinkommen treffen hinsichtlich von Fragen, welche das Ganze des Vereins nicht berühren, wie Regulirung des Grenzverkehrs, Feststellung der angrenzenden Rayons mit reducirter Taxe, Bestimmungen des Postmandatverkehrs und des Briefverkehrs mit Werthangabe etc.

Art. 14. Die Bestimmungen des gegenwärtigen Vertrages berühren weder die innere Postgesetzgebung eines jeden Landes, noch beschränken sie das Recht der contrahirenden Theile, Verträge aufrechtzuerhalten und abzuschießen, so wie im Hinblick auf eine progressive Verbesserung des Postverkehrs engere Vereine aufrechtzuerhalten und zu bilden.

Art. 15. Unter dem Titel „Internationales Bureau des allgemeinen Postvereins“ wird ein Centralbureau organisiert, welches unter der Oberaufsicht einer vom Congress bezeichneten Verwaltung functionirt und dessen Kosten von sämtlichen Verwaltungen der contrahirenden Staaten getragen werden. Dieses Bureau ist beauftragt, Nachrichten aller Art, welche für den internationalen Postdienst Interesse haben, zu ordnen, zu veröffentlichen und zu vertheilen, über freitragende Fragen auf das Verlangen der beteiligten Parteien ein Gutachten abzugeben, das Verlangen nach Modificationen des Ausführungsreglements zu prüfen, die angenommenen Abänderungen bekannt zu machen, die Operation der internationalen Abrechnung zu erleichtern, namentlich hinsichtlich der in Art. 10 vorgesehenen Beziehungen, und überhaupt Studien und Arbeiten vorzunehmen, mit denen es sich im Interesse des Postvereins zu befassen haben wird.

Art. 16. Im Falle abweichender Meinung zwischen zweien oder mehreren Vereinsmitgliedern betreffend die Interpretation des gegenwärtigen Vertrages muß die Streitfrage durch ein Schiedsgericht entschieden werden; zu diesem Zwecke bezeichnet eine jede der streitenden Verwaltungen ein anderes bei dem Handel nicht beteiligtes Vereinsmitglied. Für die Beschlüsse des Schiedsgerichts gilt das absolute Stimmenmehr. Im Falle Theilung der Stimmen bezeichnet das Schiedsgericht eine andere gleichfalls bei der Streitfrage nicht beteiligte Verwaltung.

Art. 17. Der Eintritt in den Verein ist den überseeischen Ländern, welche noch nicht seine Mitglieder sind, unter folgenden Bestimmungen gestattet: 1) sie geben ihre Erklärung zu Händen der mit der Leitung des Internationalen Bureaus des Vereins betrauten Verwaltung ab; 2) sie unterwerfen sich den Bestimmungen des Vereinsvertrages, vorbehalten späterer Verständigung, betreffend die Seetransportkosten; ihrem Beitritt zum Verein muß eine Verständigung mit den Verwaltungen vorhergehen, mit denen sie Postverträge abgeschlossen oder mit denen sie in directem Verkehr stehen; 4) Deßhals Erzielung dieser Verständigung wird die leitende Verwaltung vorkommenden Falles eine Versammlung der beteiligten Verwaltungen und der Verwaltung, welche Beitritt verlangt, einberufen; 5) ist die Verständigung erzielt, so wird die leitende Verwaltung sämtlichen Mitgliedern des allgemeinen Postvereins davon Nachricht geben; 6) wenn im Verlaufe von sechs Wochen vom Datum dieser Mittheilung an kein Einwand erhoben ist, so wird der Beitritt als vollzogen betrachtet und von der leitenden Verwaltung der neu zugetretenen Verwaltung davon Kenntniß gegeben. Der definitive Beitritt wird durch einen diplomatischen Act zwischen der Regierung der leitenden Verwaltung und der Regierung der in den Verein zugelassenen Verwaltung constatirt.

Art. 18. Mindestens alle drei Jahre wird sich ein Congress Bevollmächtigter der am Verträge Theil nehmenden Länder vereinigen zum Zwecke der Vervollkommnung des Systems des Vereins, der Einführung notwendig gehaltener Verbesserungen und der Beratung gemeinsamer Geschäfte. Jedes Land hat eine Stimme. Ein jedes Land kann sich durch einen oder mehrere Abgeordnete oder auch durch die Abordnung eines anderen Landes repräsentiren lassen. Immerhin ist der Abgeordnete oder die Abgeordneten eines Landes nur mit der Repräsentation zweier Länder, das von ihnen vertreten mit eingerechnet, zu beauftragen. Die nächste Versammlung findet zu Paris im Jahre 1877 statt. Auf Verlangen von mindestens einem Drittel der Vereinsmitglieder kann jedoch diese Versammlung auch früher stattfinden.

Art. 19. Der gegenwärtige Vertrag tritt am 1. Juli 1875 in Kraft. Er ist von diesem Datum ab für drei Jahre abgeschlossen. Geht dieser Termin vorüber, wird er als unbestimmt verlängert betrachtet; ein jeder contrahirende Theil hat aber das Recht, mittelst einer ein Jahr vorher gemachten Anzeige sich vom Verein zurückzuziehen.

Art. 20. Von dem Tage der Ausführung dieses gegenwärtigen Vertrages an sind alle Bestimmungen der zwischen den verschiedenen Ländern und Verwaltungen bestehenden Specialverträge aufgehoben, sofern sie mit den Bestimmungen des gegenwärtigen Vertrages nicht vereinbar und zum Schaden der Bestimmungen des Art. 14 sind. Der gegenwärtige Vertrag wird so bald als thunlich ratificirt, spätestens drei Monate vor dem Datum seiner Ausführung. Die Ratificationsacten werden in Bern ausgetauscht.

### Frankreich.

**Paris, 4. Octbr.** [Das Schreiben Maurice Richard's.] Worin sich derselbe gegen den bonapartistischen Candidaten in der Seine et Oise ausspricht, versteht die bonapartistische Kreise, wie man der „R. 3.“ schreibt, in um so größeren Zorn, als die Wahl des Herzogs von Padoue, der in diesem Departement Candidat ist, jetzt noch unwahrscheinlicher geworden ist. Maurice Richard, unter Emil Olivier Minister der schönen Künste und einer der intimen Freunde des Prinzen Napoleon, steht bei den Bonapartisten noch immer in einem gewissen Ansehen, und es ist daher zu erwarten, daß Viele auf ihn hören und der Herzog von Padoue eine größere Anzahl Stimmen weniger erhält. Das Schreiben Richard's giebt auch Aufschluß über die Stellung der beiden bonapartistischen Parteien. Die Hauptpunkte desselben lauten:

Sie fragen mich, was ich bei den bevorstehenden Wahlen zu thun gedenke. Heute ist kein Zaubern mehr möglich; ich werde gegen die Candidatur des Herzogs von Padoue stimmen, und ich fordere meine Freunde auf, ein Gleiches zu thun. Entschlossener Anhänger des allgemeinen Stimmrechts, rechne ich auf es allein, um Frankreich eine dauerhafte Regierung zu

geben, und wie auch die Antwort des Volksauspruchs sein möge, so machen mir mein Gewissen und meine Vergangenheit aus deren Annahme eine Pflicht. Ich würde ohne Zweifel eben so glücklich sein wie irgend Jemand, wenn das Land von Neuem eine Regierung befristigen würde, der ich loyal gedient, nachdem ich ihre Rathgeber, die sie auf einen unheilvollen Weg hinrissen, lange bekämpft hatte. Aber ich glaube fest, daß dieses Resultat nur dann möglich ist, wenn die Familie Bonaparte, getreu dem Programm ihres glorreichen Oberhauptes, dem Lande mit der geordneten Ordnung die weitgehenden staatsökonomischen, liberalen und demokratischen Grundsätze vorlegt, welche das wahre napoleonische Patrimonium constituiren, und wenn sie vor Allem die National-Souveränität achtet, aus welcher sie ihre Kraft zieht. Zwischen den Legitimisten, welche über den Thron im Namen des göttlichen Rechts verfügen, und den Imperialisten, die uns im Voraus eine Verfassung dictiren, sehe ich nur den Unterschied, daß die Legitimisten nach ihrem Princip auf consequente Weise handeln und die Imperialisten es nicht thun. Ich weise sie gleichfalls zurück. Ein Mann, ein ausgezeichnete Bürger, der Prinz Napoleon, schien mir durch die Doctrinen seines ganzen Lebens, durch seine Intelligenz, durch den Geist seines Geschlechts, das mehr in ihm verkörpert ist als in irgend einem Andern, dazu bestimmt, der bonapartistischen Partei die demokratische Richtung aufzudrücken und auf dieser Bahn seinem jungen Verwandten als Führer zu dienen. Die Rathgeber, welche sagen, sie seien vom Sohne Napoleons III. ermächtigt, haben es anders befohlen. Die officielle Candidatur bis in die Familie Bonaparte erhebend, haben sie daran gedacht, den Prinzen Napoleon aus seinem Posten eines Generalraths zu verdrängen; sie führen im Augenblick gegen ihn einen offenen, hartnäckigen, verleumdenden Krieg, und sie stellen ihm von allen Prinzen der Familie den entgegen, welcher Frankreich am fremdesten ist. Es liegt hierin mehr als eine beabzweckte Feindseligkeit. Ich sehe darin eine offene Rückkehr zu einer Politik, welche ich mit Ihnen bekämpfte, zu deren Sturz ich beigetragen und die der Kaiser Napoleon selbst schloß, aber zu spät, um die unheilvollen Folgen zu vermeiden, verdammt hatte: zur Politik der blinden Reaction und der systematischen Exclusion im Innern, zur Politik der clericalen „Institution“ im Auslande. Da der Herzog von Padoue einer der Leiter dieser Politik ist, so weise ich seine Candidatur zurück, denn ich bin der Ansicht, daß diese Politik die erste Ursache des Sturzes des Kaiserreichs war. Wir sind berufen, um die Vergangenheit nicht wieder zu beginnen, sondern um sie zu verbessern.“

[Zu den Wahlen.] Im Pas de Calais hat bis jetzt der bonapartistische Candidat keinen republikanischen Mitbewerber. In den See-Alpen (Nizza) haben die Republikaner einen Fabrikanten von Mentone, einen Herrn Médecin, und einen reichen Kaufmann aus Grasse einen Herrn Leon Chiris, der in England seine Erziehung erhalten und mit einer Nichte des Herrn Thiers verheirathet ist, für die National-Versammlung aufgestellt. Beide haben bereits ihre Wahlscheine erhalten. Sie sprechen sich für die endgiltige Republik aus, d. h. sie wollen, die Organisation der Staatsgewalten so, wie es Herr Casimir Perier in Vorschlag brachte. Médecin ist sehr conservativ und wird, wenn gewählt, auf der Rechten des linken Centrums seinen Sitz einnehmen.

### Russland.

**E. St. Petersburg, 2. October.** Die russische „St. Petersb. Ztg.“ vom heutigen Tage widmet der Stellung Preußens zu dem Artikel V. des Prager Friedens eine längere Betrachtung, welche um so mehr der Erwähnung werth ist, als das sonst recht besonnen redigirte Blatt mit seinen im Ganzen vorurtheilsfreien und unparteiischen Anschauungen als das leitende Organ der gebildeten ruhig denkenden russischen Gesellschaft zu betrachten ist. Um so auffälliger erscheint es, wenn dieses Blatt, das nicht nur während des französisch-deutschen Krieges, sondern auch in der Zeit des Friedens die Verhältnisse und die Politik Preußens wiederholt mit warmer Sympathie besprochen hat, in der Behandlung des bezeichneten Themas eine gewisse Antipathie zu erkennen giebt, die der directen Begründung entbehrt und der früheren Haltung nicht entspricht. Die „St. Petersb. Ztg.“ legt dem Umstand ein großes Gewicht bei, daß es überhaupt möglich gewesen, in den Spalten deutscher Blätter den bekannten Vorschlag von der Einfügung Dänemarks „in den deutschen Bund“ zu finden. Sie hält ein solches Project zwar „ausschließlich für die Ausgeburt der erhabten Einbildungskraft deutscher patriotischer Publizisten“, berichtet jedoch ihren Lesern gleichzeitig, daß dasselbe in die politische Presse Deutschlands, „wenn den Gerüchten zu glauben ist, geradezu aus dem diplomatischen Olymp gelangt ist, in welchem Zeus-Bismarck, die mächtigen Brauen runzelnd, das Schicksal Europa's ohne Appellation bestimmt.“ Da es für die „St. P. Ztg.“ ferner sicher ist, daß in Berlin in den höheren Sphären von der Ausführung des Prager Vertrags auch nicht einmal mehr die Rede und daß der Feldzug der Germanisirung des nördlichen Schleswig schon längst durch eine Reihe bedauerlicher Maßnahmen begonnen ist, die sowohl die persönliche Freiheit als die bürgerlichen Rechte der geborenen Dänen in jener Provinz antasten (die „eigenmächtige Vertreibung der Redacteure und sogar der Seher der dänisch-gesinnten Journale“) — so hält sie es nicht für unnöthig, „über die wahrcheinlichen Folgen einer neuen Verletzung einer feierlich eingegangenen Verpflichtung seitens einer europäischen Großmacht einige Worte zu sagen.“ Irthümlich wird dann behauptet, in dem Prager Friedens-Dokument sei „direct gesagt, daß Preußen in Achtung für die Bitte des französischen Kaisers und in Betracht der vollen Abtretung aller im gemeinschaftlichen Kriege auf die Herzogthümer erworbenen Rechte seitens Oesterreichs, freiwillig sich verpflichtet, Dänemark den dänischen Theil Schleswigs nach vorhergegangener Befragung der örtlichen Bevölkerung im Wege der Volksabstimmung abzutreten.“ Gleich unrichtig wird dann weiter ausgeführt, wie die Katastrophe mit Frankreich „das Hirn der Diplomaten und Doctoren des internationalen Rechts erleuchtet habe, wie es denselben auf ein Mal klar wie der Tag geworden, daß der Artikel V des Prager Friedens, in welchem der Bitte des französischen Kaisers Erwähnung gethan wird (?), von Preußen mit keinem Andern als eben mit dem Helven von Sedan vereinbart worden; und hieraus folgerten sie, daß dieser Paragraph durch den Krieg mit Frankreich seine Gültigkeit gänzlich eingebüßt habe.“ „Wir wagen indessen zu glauben“, heißt es weiter, „daß der grobe Sophismus, zu dem im gegenwärtigen Falle die deutschen Diplomaten und Gelehrten ihre Zuflucht zu nehmen sich nicht entblödeten, selbst den unentwickeltesten unserer Leser nicht täuschen wird.“ „Preußen hat nicht das geringste Recht, Dänemark seiner obgleich unter Vermittelung Dritter vereinbarten Vortheile zu berauben. Das wider spricht den Elementarbegriffen politischer Ehrenhaftigkeit.“ „Deutschland ist weniger als irgend ein anderes Land in der Lage, Bündnisse zu vernachlässigen und seine internationalen Verhältnisse leichtfertig zu behandeln. Die Zukunft des deutschen Reichs, wenn nicht des deutschen Volkes, ist noch recht dunkel und unbestimmt. Deutschland erfreut sich noch lange nicht der geheimen Zuneigung der Volksmassen und der fast offenen Sympathie der gebildeten Klassen, welche sein jetzt gedemüthigter und entkräfteter Gegner zur Zeit seines höchsten kriegerischen Ruhms beinahe überall in Europa genoss. Deutschland im Augenblick bei seinem Bündniß mit Rußland und Oesterreich, bei dem Gleichmuth und der Sorglosigkeit Englands, bei den besondern Umständen, in denen sich die Politik Italiens befindet und endlich bei der inneren Unordnung Frankreichs, irgend welche europäische Coalition gegen sich nicht zu fürchten. Aber Deutschland und die bemerkenswerthen Männer, welche seine Geschicke leiten, dürfen nicht vergessen, daß wir in einer Zeit schneller und unerwarteter Wechselfälle und Wandlungen leben. Was heute unmöglich erscheint,







Wien 7. Octbr. 9 1/2 Uhr Vorm. Am heutigen Markte war die Stimmung im Allgemeinen sehr ruhig, bei mäßigen Zufuhren und unbedeutenden Preisen.  
Weizen, bei schwachem Angebot gut preisbehaltend, pr. 100 Kilogr. 5 1/2 bis 6 1/2 Thlr., gelber 5 1/2 bis 6 1/2 Thlr., feinste Sorte über 6 1/2 Thlr. bezahlt.  
Kornen in milder Haltung, pr. 100 Kilogr. 5 1/2 bis 5 3/4 Thlr., feinste Sorte über 5 3/4 Thlr. bezahlt.  
Gerste, feine Qualitäten gut gefragt, pr. 100 Kilogr. neue 5 1/2 bis 5 3/4 Thlr., weiße 5 1/2 bis 6 Thlr.  
Hafer gute Qualität, pr. 100 Kilogr. 5 1/2 bis 5 3/4 Thlr.  
Erbsen beibehalten, pr. 100 Kilogr. 6 1/2 bis 7 1/2 Thlr.  
Wicken offerirt, pr. 100 Kilogr. 6 1/2 bis 6 3/4 Thlr.  
Lupinen unbedeutend, pr. 100 Kilogr. gelbe 4 bis 4 1/2 Thlr., blaue 3 1/2 bis 4 1/2 Thlr.  
Bohnen gut veräußert, pr. 100 Kilogr. 7 1/2 bis 8 1/4 Thlr.  
Mais angeboten, pr. 100 Kilogr. 5 1/2 bis 5 3/4 Thlr.  
Sesamaten schwach zugeführt.  
Schlaglein stark offerirt.

Per 100 Kilogramm netto in Thlr., Sgr., Pf.  
Schlaglein... 7 20 — 8 17 6 8 25 —  
Winter-Raps... 7 15 — 7 27 6 8 2 6  
Winter-Rüben... 7 5 — 7 12 6 7 22 6  
Sommer-Rüben... 7 5 — 7 15 — 7 25 —  
Leinwand... 7 5 — 7 10 — 7 20 —  
Rapskuchen sehr fest, schlechte 75—77 Sgr. per 50 Kilogr.  
Leinwand sehr fest, schlechte 112—114 Sgr. per 50 Kilogr.  
Kleeblätter schwacher Umsatz, rothe neue sehr ruhig, ordinäre 13 1/2—14 1/2 Thlr., mittlere 15—15 1/2 Thlr., feine 15 1/2—16 Thlr., hochfeine 16 1/2 Thlr.  
pr. 50 Kilogr., weiße wenig zugeführt, ordinäre 15—16 Thlr., mittlere 17—18 Thlr., feine 18 1/2—19 Thlr., hochfeine 19 1/2—21 Thlr. pr. 50 Kilogr.  
Zehnmalthe ohne Umsatz, 9—10 Thlr. pr. 50 Kilogr.  
Mehl wenig verändert, pr. 100 Kilogr. unbesudelter Weizen fein 10 1/2 bis 10 3/4 Thlr., Roggen fein 9 1/2—10 Thlr., Hausbrot 9 1/2 bis 9 3/4 Thlr., Roggen-Guttermehl 4 1/2—5 Thlr., Weizenmehl 3 1/2—4 Thlr.

### Telegraphische Depeschen.

**Berlin, 6. Octbr., Abends.** Die Rathskammer des Stadtgerichts lehnte das Gesuch Arnims auf Entlassung aus der Haft ab.  
**Paris, 6. Octbr., Abends.** Ueber das angebliche Attentat auf Don Carlos ist bisher keine amtliche Meldung eingegangen. Die „Union“ bezweifelt die Richtigkeit der Nachricht des Attentats auf Don Carlos in Durango vom 5. October, da derselbe nach Depeschen aus carlistischer Quelle aus Hendaye 5. October, noch am 3. October das Hospital von Yraiza besuchte, und dieser Ort zwei Tagereisen von Durango entfernt sei. — Der Municipalrathspräsident Bautrain ist wieder erwählt.

**Bern, 6. October.** Der internationale Postcongreß hat heute die Redaction des Reglements für Ausführung des Unionsvertrags definitiv festgestellt und genehmigt.

**London, 6. October.** Nach hier eingegangenen Nachrichten ist die telegraphische Verbindung zwischen Rio grande und Montevideo seit einigen Tagen unterbrochen.

**London, 6. October.** Die „Times“ veröffentlicht die Zuschrift eines in Spanien wohnenden Engländer, durch welche die gegen die Carlisten wegen der von ihnen begangenen Grausamkeiten erhobenen Beschuldigungen bestätigt werden. — Das Gerücht, der Herzog von Northumberland sei zur katholischen Kirche übergetreten, entbehrt jeder Begründung.

**Brigston, 6. Octbr.** Der Kirchencongreß ist heute zusammengetreten. Der Bischof von Chichester als Vorsitzender eröffnete die Versammlung durch eine Rede, in welcher er die Bewegung der Altkatholiken auf dem Continent berührte, und hob namentlich hervor, daß der Altkatholismus den Beginn einer Reformation in der katholischen Kirche bezeichne, welche von ähnlichen Gesichtspunkten ausgegangen sei, wie die englische Reformation. Die Altkatholiken-Bewegung sei daher für England von besonderem Interesse. Redner sprach die Hoffnung aus, daß der Congreß seine Sympathie für die aufklärerischen Katholiken funde, welche neuerdings dem noch verschärfen Joch Roms sich entziehen wollen. Der Bischof von Winchester und Decant Ghafer, welche dem Bonner Kirchencongreß beigewohnt hatten, hielten darauf Vorträge über den Altkatholismus.

**Calcutta, 6. October.** Das Regenwetter dauert fort. Die Winterzeit ist jedoch allenthalben mit Ausnahme der Distrikte Burdwan und Hooghly, gesichert. Die Verwendung zur Unterstützung der durch die Hungersnoth betroffenen Bezirke können zum 15. d. M. aufhören und bleiben dadurch noch unter dem Anschlag.

(E. Hirsch telegraphisches Bureau.)

**Wien, 5. October.** Die Armeebeförderungsvorschrift des General Ruhn ist aufgehoben. Die Bestimmungen der neuen Vorschrift finden in der Armee ungetheilte Befriedigung.

**Wien, 6. Octbr.** Die Mindereinnahme der Franz-Josefs-Bahn im September beträgt 55,762 fl.

**Wien, 6. Octbr.** Die Manufacturwaaren-Firma J. J. Friedrich hat die Zahlungen eingestellt. Passiva 4 Millionen. Betheiligte sind rheinische und mährische Fabrikplätze.

**Bern, 6. October.** Heute wird der Präsident Ceresole die Beglaubigungsschreiben des französischen Botschafters Grafen Harcourt entgegen nehmen. Der gesammte Bundesrath wird der Feierlichkeit beiwohnen.

**Rom, 6. October.** Der Marquis von Noailles hat seine Hierherkunft noch aufgeschoben und wird erst Mitte d. Mts. hierher zurückkehren.

**Paris, 6. October.** Die Verhaftung des Grafen v. Arnim macht hier großes Aufsehen.

\* Die Nr. 40 der „Gegenwart“ von Paul Lindau, Verlag von Georg Stille in Berlin, enthält: Das Deutsche Reich und das neueste Gesetz wider dasselbe. Von W. Wockernagel. — Literatur und Kunst: Franz von Adolf Wilbrandt. — Autobiographische Skizze. Von Hermann Villing. — Um eine Anekdote. Von Karl Gutzkow. — Das Wiener Stadtbath unter Feinrich Laube. Ein Brief an den Herausgeber. Von H. Wittmann. — Aus der Hauptstadt: Die 49. Ausstellung der k. Akademie der Künste zu Berlin. Von Gustav Kierke. — Dramatische Aufführungen. Herodes und Mariamne. Tragödie in fünf Aufzügen von Friedrich Hebbel. Besprochen von Paul Lindau. — Offene Briefe und Antworten. Zu den Briefen Hamanns. Von Dr. Julian Schmidt.

\* [Deutsche Roman-Zeitung.] Die im Verlage von Otto Janke in Berlin erscheinende „Deutsche Roman-Zeitung“ eröffnet mit dem October ihren neuen — zwölften — Jahrgang. Es giebt unter den namhaften Schriftstellern Deutschlands keinen, der nicht in den vorangegangenen Jahrgängen durch Beiträge vertreten wäre und der uns vorliegende Prospect des neuen Jahrganges zeigt uns, daß die „Roman-Zeitung“ ihrem Programm treu zu bleiben gesonnen ist und auch fernerhin die besten Erzeugnisse der belletristischen Literatur dem großen Publikum zugänglich machen wird. Es werden außer den Romanen des ersten Quartals von Beder und Jókai — letzterer ist eigens für die „Roman-Zeitung“ geschrieben — Beiträge von Gili, Pasquale, Carl Dettlef, Mare Galm, Robert Schweifel, Hannu Ewald, Gregor Samarow und vielen anderen unserer beliebtesten Autoren in Aussicht gestellt, so daß der Leser durch die „Roman-Zeitung“ in den Besitz der neuesten Geistesprodukte der angesehensten deutschen Autoren zu einem in Verhältniß zum Inhalt sehr billigen Preise gelangt. Das von Robert Schweifel redigirte Feuilleton bietet außerdem noch eine Fülle interessanter Artikel, Kritiken und Kunstnotizen.

**Greifswald, 24. September.** [Der Mörder der Anna Bödler.] Der wegen des an Anna Bödler begangenen Mordes zu 15 Jahren Zuchthaus verurtheilte Dienstknecht Fritz Schütt aus Loitz ist vor einigen Tagen

in dem Gefängnisse zu Hannover, wohin er überführt worden war, verstorben; ein Geständniß soll er vor seinem Tode nicht abgelegt haben. (Straß. Ztg.)

### Berliner Börse vom 6. October 1874.

Wechsel-Course.				Eisenbahn-Stamm-Actien.			
Amsterdam 250 fl.	8 1/2	143 1/2	bz	Amst. Divid. pro 1872	1 1/4	33 1/2	bz
do. do. 2 1/2	142 1/2	G		Amst. Divid. pro 1873	1 1/4	33 1/2	bz
Augsburg 100 fl.	2 M. 4	56 20	G	Berg-Märkische	6	3	33 1/2 bz
Frankfurt 100 fl.	2 M. 5	—		Berlin-Anhalt	17	16	4 1/2 bz
Leipzig 100 Thlr.	8 T. 4	99 1/2	G	do. Dresden	5	5	5 1/2 bz
London 1 Lst.	3 M. 3	6 2 1/2	bz	Berlin-Goritz	3 1/2	3	8 1/2 bz
Paris 300 Frs.	8 T. 4	81 1/2	B	Berlin-Hamburg	12	10	4 1/2 bz
Petersburg 100 Rubl.	3 M. 5	92 1/2	bz	Berlin-Nordbahn	5	5	5 1/2 bz
Warschau 100 Zlot.	8 T. 5	92 1/2	bz	Berlin-Potsdam	12	10	4 1/2 bz
Wien 150 fl.	8 T. 5	92 1/2	bz	Berlin-Stettin	12	10	4 1/2 bz
do. do. 2 M. 5	—	92 1/2	bz	Böhm. Westbahn	5 1/2	5	5 1/2 bz
Fonds- und Geld-Course.				Breslau-Freib.	7 1/2	8	10 1/2 bz
Freiw. Staats-Anleihe 4 1/2	—	—		do. neue	5	5	5 1/2 bz
Staats-Anl. 4 1/2	105 1/2	bz		Cöln-Minden	97/100	8 1/2	133 1/2 bz
do. do. 4 1/2	105 1/2	bz		do. neue	5	5	110 1/2 bz
do. do. 4 1/2	105 1/2	bz		Cuxhav. Eisenb.	6	6	6 1/2 bz
Präm.-Anleihe v. 1855	102 1/2	bz		Dux-Bodenbach	5	5	38 1/2 bz
Berliner St.-Oblig.	101 1/2	bz		Gal.-Carl-Ludw.	7	8 1/2	111 1/2 bz
Berliner Hypothek.	101 1/2	bz		Halle-Sorau-Gub.	6	6	35 1/2 bz
Pommersche	95 1/2	bz		Hannover-Altenb.	5	5	28 1/2 bz
Posenische	87 1/2	bz		Kaschau-Oderberg	5	5	67 1/2 bz
Schlesische	84 1/2	bz		Kronpr.-Rudolphs.	5	5	69 1/2 bz
Kur-u. Neumärk.	98 1/2	bz		Ludwigsh.-Rheinl.	11	9	183 1/2 bz
Pommersche	98 1/2	bz		Märk.-Posener	6	6	73 1/2 bz
Posenische	98 1/2	bz		Magdeh.-Halberst.	8 1/2	6	107 1/2 bz
Preussische	98 1/2	bz		Magdeh.-Leipzig	14	14	253 1/2 bz
Westfäl. u. Rheinl.	99 1/2	bz		do. Lit. B.	4	4	95 1/2 bz
Sächsische	98 1/2	bz		Mains-Ludwigsh.	11 1/2	9	137 1/2 bz
Schlesische	98 1/2	bz		Niedersch.-Märk.	4	4	97 1/2 bz
Badische Präm.-Anl.	117 1/2	etzb		Obereschl. A. O. D.	13 1/2	13 1/2	152 1/2 bz
Badische 4 1/2 Anleihe	118 1/2	etzb		do. do.	13 1/2	13 1/2	152 1/2 bz
Cöln-Mind. Präm.-Anl.	105 1/2	bz		do. neue	—	—	160 1/2 bz
Eisenbahn-Prioritäts-Actien.				Oest.-Fr. St.-R.	10	10	189 1/2 bz
Berlin-Goritz	5	5	5 1/2 bz	Oest. Nordwestb.	5	5	99 1/2 bz
Berlin-Nordbahn	5	5	5 1/2 bz	Oest. südl. St.-B.	4	2	86 1/2 bz
Breslau-Warschau	5	5	5 1/2 bz	Ostpreuss. Südb.	6	0	41 1/2 bz
Halle-Sorau-Gub.	5	5	5 1/2 bz	Rechte-O.-U.-Ba.	6	6 1/2	120 1/2 bz
Hannover-Altenb.	5	5	5 1/2 bz	Reichenberg-Par.	4	4 1/2	73 1/2 bz
Kaschau-Oderberg	5	5	5 1/2 bz	Rheinsch.-Wes.	9 1/2	9 1/2	104 1/2 bz
Kronpr.-Rudolphs.	5	5	5 1/2 bz	Rhein-Nahe-Bahn	0	0	24 1/2 bz
Ludwigsh.-Rheinl.	11	9	10 1/2 bz	Ruman. Eisenbahn	3 1/2	5	40 1/2 bz
Märk.-Posener	6	6	6 1/2 bz	Schw.-Westb.	13 1/2	13 1/2	26 1/2 bz
Magdeh.-Halberst.	8 1/2	9 1/2	10 1/2 bz	Stargard-Posener	4 1/2	4 1/2	101 1/2 bz
do. Lit. B.	4	4	4 1/2 bz	Thüringer	9	7 1/2	122 1/2 bz
Mains-Ludwigsh.	11 1/2	12 1/2	13 1/2 bz	Warschau-Wien	10	11	88 1/2 bz
Niedersch.-Märk.	4	4	4 1/2 bz	Ausländische Fonds.			
Obereschl. A. O. D.	13 1/2	13 1/2	152 1/2 bz	Öst. Silberrente	4 1/2	68 1/2	bz
do. do.	13 1/2	13 1/2	152 1/2 bz	do. Papirrente	4 1/2	65 1/2	bz
do. neue	—	—	160 1/2 bz	do. Lot.-Anl. v. 60	107 1/2	bz	
Oest.-Fr. St.-R.	10	10	189 1/2 bz	do. 54er Präm.-Anl.	109 1/2	bz	
Oest. Nordwestb.	5	5	99 1/2 bz	do. Credit-Lose	113 1/2	bz	
Oest. südl. St.-B.	4	2	86 1/2 bz	do. 54er Loose	96 1/2	bz	
Ostpreuss. Südb.	6	0	41 1/2 bz	do. 1866	151 1/2	G	
Rechte-O.-U.-Ba.	6	6 1/2	120 1/2 bz	do. Bod.-Cred.-Pdb.	5	90 1/2	bz
Reichenberg-Par.	4	4 1/2	73 1/2 bz	do. Ausl. Präm.-Anl.	8 1/2	bz	
Rheinsch.-Wes.	9 1/2	9 1/2	104 1/2 bz	do. Poln. Präm.-Anl.	4	80 1/2	bz
Rhein-Nahe-Bahn	0	0	24 1/2 bz	do. Poln. Liquid.-Pdb.	4	80 1/2	bz
Ruman. Eisenbahn	3 1/2	5	40 1/2 bz	do. Amst. Präm.-Anl.	9 1/2	etzb	
Schw.-Westb.	13 1/2	13 1/2	26 1/2 bz	do. 1863	102 1/2	bz	
Stargard-Posener	4 1/2	4 1/2	101 1/2 bz	do. 50er Anleihe	100 1/2	bz	
Thüringer	9	7 1/2	122 1/2 bz	do. Französische Rente	5	99 1/2	G
Warschau-Wien	10	11	88 1/2 bz	do. Hal. neue 5 1/2 Anleihe	6	etzb	
Bank- und Industrie-Actien.				do. Hal. Tabak-Oblig.	6	98 1/2	etzb
Berlin-Goritz	5	5	5 1/2 bz	do. Kaschau-Oderberg	4	83 1/2	bz
Berlin-Nordbahn	5	5	5 1/2 bz	do. Rumänische Anleihe	8		
Breslau-Warschau	5	5	5 1/2 bz	do. Türkische Anleihe	5	46 1/2	etzb
Halle-Sorau-Gub.	5	5	5 1/2 bz	do. Ung. 50er St.-Eisenb.-Anl.	5	75 1/2	bz
Hannover-Altenb.	5	5	5 1/2 bz	Schwedische 10 Thlr.-Loose	—		
Kaschau-Oderberg	5	5	5 1/2 bz	Finnische 10 Thlr.-Loose	12 1/2	bz	
Kronpr.-Rudolphs.	5	5	5 1/2 bz	Eisenbahn-Prioritäts-Actien.			
Ludwigsh.-Rheinl.	11	9	10 1/2 bz	Berg-Märk. Serie II.	4 1/2	85 1/2	bz
Märk.-Posener	6	6	6 1/2 bz	do. III. v. St.-R.	3 1/2	85 1/2	bz
Magdeh.-Halberst.	8 1/2	9 1/2	10 1/2 bz	do. do. v. I.	99 1/2	bz	
do. Lit. B.	4	4	4 1/2 bz	do. Nordbahn	5	102 1/2	bz
Mains-Ludwigsh.	11 1/2	12 1/2	13 1/2 bz	Berlin-Goritz	5	104 1/2	bz
Niedersch.-Märk.	4	4	4 1/2 bz	do. do.	4	98 1/2	G
Obereschl. A. O. D.	13 1/2	13 1/2	152 1/2 bz	Breslau-Freib. Lit. D.	4	100 1/2	bz
do. do.	13 1/2	13 1/2	152 1/2 bz	do. do. G.	4	100 1/2	bz
do. neue	—	—	160 1/2 bz	do. do. H.	4	100 1/2	bz
Oest.-Fr. St.-R.	10	10	189 1/2 bz	Cöln-Minden III.	4	93 1/2	bz
Oest. Nordwestb.	5	5	99 1/2 bz	do. do. IV.	4	93 1/2	bz
Oest. südl. St.-B.	4	2	86 1/2 bz	do. do. V.	4	93 1/2	bz
Ostpreuss. Südb.	6	0	41 1/2 bz	Halle-Sorau-Gub.	5	99 1/2	bz
Rechte-O.-U.-Ba.	6	6 1/2	120 1/2 bz	Hannover-Altenb.	5	99 1/2	bz
Reichenberg-Par.	4	4 1/2	73 1/2 bz	Märkisch-Posener	5	102 1/2	bz
Rheinsch.-Wes.	9 1/2	9 1/2	104 1/2 bz	Niedersch.-Märk.	4	96 1/2	bz
Rhein-Nahe-Bahn	0	0	24 1/2 bz	do. do. III.	4	96 1/2	bz
Ruman. Eisenbahn	3 1/2	5	40 1/2 bz	do. do. IV.	4	96 1/2	bz
Schw.-Westb.	13 1/2	13 1/2	26 1/2 bz	do. do. V.	4	96 1/2	bz
Stargard-Posener	4 1/2	4 1/2	101 1/2 bz	Obereschl. A. O. D.	13 1/2	13 1/2	bz
Thüringer	9	7 1/2	122 1/2 bz	do. do.	13 1/2	13 1/2	bz
Warschau-Wien	10	11	88 1/2 bz	do. do.	13 1/2	13 1/2	bz
Bank- und Industrie-Actien.				do. do.	13 1/2	13 1/2	bz
Berlin-Goritz	5	5	5 1/2 bz	do. do.	13 1/2	13 1/2	bz
Berlin-Nordbahn	5	5	5 1/2 bz	do. do.	13 1/2	13 1/2	bz
Breslau-Warschau	5	5	5 1/2 bz	do. do.	13 1/2	13 1/2	bz
Halle-Sorau-Gub.	5	5	5 1/2 bz	do. do.	13 1/2	13 1/2	bz
Hannover-Altenb.	5	5	5 1/2 bz	do. do.	13 1/2	13 1/2	bz
Kaschau-Oderberg	5	5	5 1/2 bz	do. do.	13 1/2	13 1/2	bz
Kronpr.-Rudolphs.	5	5	5 1/2 bz	do. do.	13 1/2	13 1/2	bz
Ludwigsh.-Rheinl.	11	9	10 1/2 bz	do. do.	13 1/2	13 1/2	bz
Märk.-Posener	6	6	6 1/2 bz	do. do.	13 1/2	13 1/2	bz
Magdeh.-Halberst.	8 1/2	9 1/2	10 1/2 bz	do. do.	13 1/2	13 1/2	bz
do. Lit. B.	4	4	4 1/2 bz	do. do.	13 1/2	13 1/2	bz
Mains-Ludwigsh.	11 1/2	12 1/2	13 1/2 bz	do. do.	13 1/2	13 1/2	bz
Niedersch.-Märk.	4	4	4 1/2 bz	do. do.	13 1/2	13 1/2	bz
Obereschl. A. O. D.	13 1/2	13 1/2	152 1/2 bz	do. do.	13 1/2	13 1/2	bz
do. do.	13 1/2	13 1/2	152 1/2 bz	do. do.	13 1/2	13 1/2	bz
do. neue	—	—	160 1/2 bz	do. do.	13 1/2	13 1/2	bz
Oest.-Fr. St.-R.	10	10	189 1/2 bz	do. do.	13 1/2	13 1/2	bz
Oest. Nordwestb.	5	5	99 1/2 bz	do. do.	13 1/2	13 1/2	bz
Oest. südl. St.-B.	4	2	86 1/2 bz	do. do.	13 1/2	13 1/2	bz
Ostpreuss. Südb.	6	0	41 1/2 bz	do. do.	13 1/2	13 1/2	bz
Rechte-O.-U.-Ba.	6	6 1/2	120 1/2 bz	do. do.	13 1/2	13 1/2	bz
Reichenberg-Par.	4	4 1/2	73 1/2 bz	do. do.	13 1/2	13 1/2	bz
Rheinsch.-Wes.	9 1/2	9 1/2	104 1/2 bz	do. do.	13 1/2	13 1/2	bz
Rhein-Nahe-Bahn	0	0	24 1/2 bz	do. do.	13 1/2	13 1/2	bz
Ruman. Eisenbahn	3 1/2	5	40 1/2 bz	do. do.	13 1/2	13 1/2	bz
Schw.-Westb.	13 1/2	13 1/2	26 1/2 bz	do. do.	13 1/2	13 1/2	bz
Stargard-Posener	4 1/2	4 1/2	101 1/2 bz	do. do.	13 1/2	13 1/2	bz
Thüringer	9	7 1/2	122 1/2 bz	do. do.	13 1/2	13 1/2	bz
Warschau-Wien	10	11	88 1/2 bz	do. do.	13 1/2	13 1/2	bz
Bank- und Industrie-Actien.				do. do.	13 1/2	13 1/2	bz
Berlin-Goritz	5	5	5 1/2 bz	do. do.	13 1/2	13 1/2	bz
Berlin-Nordbahn	5	5	5 1/2 bz	do. do.	13 1/2	13 1/2	bz
Breslau-Warschau	5	5	5 1/2 bz	do. do.	13 1/2	13 1/2	bz
Halle-Sorau-Gub.	5	5	5 1/2 bz	do. do.	13 1/2	13 1/2	bz
Hannover-Altenb.	5	5	5 1/2 bz	do. do.	13 1/2	13 1/2	bz
Kaschau-Oderberg	5	5	5 1/2 bz	do. do.	13 1/2	13 1/2	bz
Kronpr.-Rudolphs.	5	5	5 1/2 bz	do. do.	13 1/2	13 1/2	bz
Ludwigsh.-Rheinl.	11	9	10 1/2 bz	do. do.	13 1/2	13 1/2	bz
Märk.-Posener	6	6	6 1/2 bz	do. do.	13 1/2	13 1/2	bz
Magdeh.-Halberst.	8 1/2	9 1/2	10 1/2 bz	do. do.	13 1/2	13 1/2	bz
do. Lit. B.	4	4	4 1/2 bz	do. do.	13 1/2	13 1/2	bz
Mains-Ludwigsh.	11 1/2	12 1/2	13 1/2 bz	do. do.	13 1/2	13 1/2	bz
Niedersch.-Märk.	4	4	4 1/2 bz	do. do.	13 1/2	13 1/2	bz
Obereschl. A. O. D.	13 1/2	13 1/2	152 1/2 bz	do. do.	13 1/2	13 1/2	bz
do. do.	13 1/2	13 1/2	152 1/2 bz	do. do.	13 1/2	13 1/2	bz
do. neue	—	—	160 1/2 bz	do. do.	13 1/2	13 1/2	bz
Oest.-Fr. St.-R.	10	10	189 1/2 bz	do. do.	13 1/2	13 1/2	bz
Oest. Nordwestb.	5	5	99 1/2 bz	do. do.	13 1/2	13 1/2	bz
Oest. südl. St.-B.	4	2	86 1/2 bz	do. do.	13 1/2	13 1/2	bz
Ostpreuss. Südb.	6	0	41 1/2 bz	do. do.	13 1/2	13 1/2	bz
Rechte-O.-U.-Ba.	6	6 1/2	120 1/2 bz	do. do.	13 1/2	13 1/2	bz
Reichenberg-Par.	4	4 1/2	73 1/2 bz	do. do.	13 1/2	13 1/2	bz
Rheinsch.-Wes.	9 1/2	9 1/2	104 1/2 bz	do. do.	13 1/2	13 1/2	bz
Rhein-Nahe-Bahn	0	0	24 1/2 bz	do. do.	13 1/2	13 1/2	bz
Ruman. Eisenbahn	3 1/2	5	40 1/2 bz	do. do.	13 1/2	13 1/2	bz
Schw.-Westb.	13 1/2	13 1/2	26 1/2 bz	do. do.	13 1/2	13 1/2	bz
Stargard-Posener	4 1/2	4 1/2	101 1/2 bz	do. do.	13 1/2	13 1/2	bz
Thüringer	9	7 1/2	122 1/2 bz	do. do.	13 1/2	13 1/2	bz
Warschau-Wien	10	11	88 1/2 bz	do. do.	13 1/2	13 1/2	bz
Bank- und Industrie-Actien.				do. do.	13 1/2	13 1/2	bz
Berlin-Goritz	5	5	5 1/2 bz	do. do.	13 1/2	13 1/2	bz
Berlin-Nordbahn	5	5	5 1/2 bz	do. do.	13 1/2	13 1/2	bz
Breslau-Warschau	5	5	5 1/2 bz	do. do.	13 1/2	13 1/2	bz
Halle-Sorau-Gub.	5	5	5 1/2 bz	do. do.	13 1/2	13 1/2	bz
Hannover-Altenb.	5	5	5 1/2 bz	do. do.	13 1/2	13 1/2	bz
Kaschau-Oderberg	5	5	5 1/2 bz	do. do.	13 1/2	13 1/2	bz
Kronpr.-Rudolphs.	5	5	5 1/2 bz	do. do.	13 1/2	13 1/2	bz
Ludwigsh.-Rheinl.	11	9	10 1/2 bz	do. do.	13 1/2	13 1/2	bz
Märk.-Posener	6	6	6 1/2 bz	do. do.	13 1/2	13 1/2	bz
Magdeh.-Halberst.	8 1/2	9 1/2	10 1/2 bz	do. do.	13 1/2	13 1/2	bz
do. Lit. B.	4						